

Jenseits der Systemkon-kurrenz

von Frank Deppe

Der Zeitraum seit dem Herbst 1989 stellt eine welthistorische Zäsur dar - nicht nur für Osteuropa, sondern ebenso für den Westen. Sicherlich gab es auch hier lange Inkubationszeiten: im Osten markiert durch den Abbruch der Reformprozesse der 50er und 60er Jahre und dem Beginn dessen, was heute als Stagnationsperiode bezeichnet wird, und im Westen durch die Weltwirtschaftskrise 1974/75, die der Nachkriegsprosperität in allen kapitalistischen Metropolen ein Ende setzte. Die lange Jahre unter der Oberfläche gehaltenen Widersprüche eklatierten schließlich Ende der 80er Jahre.

Was sind die entscheidenden Gesichtspunkte?

Der Versuch, im Gefolge der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 eine nicht-kapitalistische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung zu schaffen und mit dem Aufbau eines »sozialistischen Staatensystems« in der internationalen Politik dem kapitalistischen Weltsystem ein Gegengewicht entgegenzustellen, ist gescheitert und zusammengebrochen. Alle Projekte einer Gesellschaftsveränderung, die sich in der Zukunft auf den Begriff des »Sozialismus« berufen, werden das Scheitern dieses Wege und seine Ursachen zu bearbeiten haben.

2 Der Kalte Krieg, die Nachkriegszeit, ist vorbei. Wir befinden uns mitten im Übergang zu einer neuen weltgeschichtlichen Epoche, die noch keinen Namen hat. Einige haben – im Blick auf den Golfkrieg – von der Nach-Nachkriegszeit gesprochen. Das Wörtchen »Post« – von dem der Soziologe Ulrich Beck schon 1986 sagte, es sei das Schlüsselwort unserer Zeit, aber auch das Codewort für Ratlosigkeit, die sich im Modischen verfängt¹ – steht eben nicht nur für *Post*moderne (auf dem Gebiet der Philosophie und Kultur), oder

für *Post*fordismus (auf dem Gebiet der Gesellschaftsanalyse), sondern auch für die internationale Politik.

3 Die Suche nach den die internationale Entwicklung neu prägenden Tendenzen führt nicht ins Lager der Verlierer, sondern in das der Sieger. Es ist die Dynamik des kapitalistischen Weltsystems, die die Entwicklung bestimmt. Diese wird einerseits durch die ökonomischen Prozesse auf dem Weltmarkt, andererseits durch Machtverhältnisse, die mit der politischen und auch militärischen Macht der Nationalstaaten verbunden sind, bestimmt.

Das kapitalistische Weltsystem ist ziemlich klar - nach der Verteilung der ökonomischen und politischen Macht strukturiert; in das Zentrum der hochentwickelten kapitalistischen Ökonomien (in Nordamerika, Westeuropa und Japan, zu dem in den 80er Jahren im ostasiatischen Raum noch die sogenannten »Tiger«, Südkorea, Taiwan, Singapur und Honkong hinzugekommen sind), und die Peripherie der sogenannten »Dritten Welt«. Die ehemalige »Zweite Welt« des sozialistischen Staatensystems wird sich in diese Struktur eingliedern, wobei der größere Teil an die Peripherie abgedrängt wird.

Sozialismus 1/92

Das geographische Zentrum dieser Veränderungen heißt Europa. Die Auflösung des sozialistischen Staatensystems hat die Beziehungen von Westund Osteuropa zum Zentrum der europäischen Politik werden lassen. In der Mitte Europas ist ein neuer, größerer deutscher Staat entstanden.

Vor diesem Hintergrund – soviel ist heute erkennbar – wird die europäische Politik mit der Bearbeitung folgender Probleme konfrontiert sein:

- Die Verwandlung Osteuropas in ein System unabhängiger (und auch neuer) Staaten, in denen für einen längeren Zeitraum Wirtschaftkrisen, Armut und Konflikte zwischen Nationalitäten und Volksgruppen bestimmend sein werden, die sich wie der Fall Jugoslawien drastisch demonstriert zu inner- und zwischenstaatlichen Kriegen steigern können.
- Um diese Probleme zu meistern bzw. unter Kontrolle zu halten, werden neue Strukturen und Institutionen für die wirtschaftliche und politische Kooperation zwischen West- und Osteuropa etabliert werden müssen.
- Für die 90er Jahre steht die Weiterentwicklung (ggf. auch die Erweiterung) der EG als eines Machtzentrums für Gesamteuropa auf der Tagesordnung.
- Die Einigung Deutschlands wirft nicht nur das Problem auf, wie die Vormachtstellung des neuen Deutschland in Westeuropa »eingebunden« wird, sondern welche Rolle dieses Deutschland in der Zukunft aufgrund seiner geostrategischen Lage, seiner »Scharnierfunktion« zwischen West- und Osteuropa, spielen wird.
- Schließlich müssen neue Strukturen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entwickelt werden. Das Ende des Kalten Krieges hat den atomaren Schutzschild der USA für Westeuropa politisch entwertet. Offen ist, welche Rolle künftig eine reformierte NATO, die KSZE, eine eigene europäische Verteidigungsgemeinschaft oder eine Weiterentwicklung der Westeuropäischen Union (WEU) spielen werden.

Der »Dritte Weltkrieg«

Die kapitalistische Weltwirtschaft ist seit den späten 70er Jahren in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. Das Stichwort heißt Globalisierung: der Investitions- und Akkumulationsstrategien der transnationalen Konzerne als auch der internationalen Finanz- und Geldmärkte. Hierin ordnet sich das Projekt des EG-Binnenmarktes ein, bei dem die Konzernstrukturen in der EG fit gemacht werden sollen für den neuen globalen Wettbewerb, vor allem mit den USA und und Japan.

Siemens-Chef, Karlheinz Kaske, hat diese Strategie folgendermaßen begründet: »Die Entwicklung großer Systeme in der Telekommunikationstechnik beispielsweise können sich angesichts der außerordentlich hohen Vorleistungen allein Unternehmen leisten, die über Weltmarktanteile von mindestens 10-15 Prozent verfügen ... Voraussetzung hierfür ist eine Globalisierung unseres Geschäfts. Die extrem hohen Vorleistungen lassen sich nur wieder hereinspielen, wenn wir die economies of scale nutzen, also in größeren Stückzahlen produzieren und verkaufen können. Dazu müssen wir weltweit operieren und vor allem unsere Marktstellung in den Industrieregionen der Triade ausbauen«.2

Dazu gehören auch sogenannte »strategische Allianzen«, zu denen die Kooperation von Siemens und IBM ebenso zählt wie die von Daimler-Benz mit Mitsubishi. Daimler-Benz Chef, Edzard Reuter, argumentiert dann auch in die gleiche Richtung: »Die Welt wird durch globale Konzerne und durch Regionen, die jeweils nach dem notgedrungenen Willen ihrer Regierungen kooperieren, Schritt für Schritt zu einer Einheit zusammengeschweißt«. Der Konkurrenzkampf erlischt damit nicht, nimmt vielmehr an Schärfe zu, aber »die Beherrschung der ihm zugrunde liegenden modernsten Technologien erzwingt unausweichlich gemeinsame Arbeit. Ursächlich dafür sind die enormen langfristigen Vorleistungen, deren Finanzierung nur noch global gewährleistet werden kann«.3

Wir sind also erstens mit einer Globalisierung der Produktion und der Finanzsphäre konfrontiert, dessen Träger die transnationalen Konzerne insbesondere in den hochtechnologischen industriellen Sektoren (vor allem Telekommunikation) sind.

Der Planungschef in Genschers Auswärtigem Amt, Konrad Seitz, hat 1990 einen geradezu dramatischen Appel an die Europäer gerichtet, endlich zu erkennen, daß sie gerade in diesen Sektoren in der internationalen Konkurrenz – vor allem gegenüber den Japanern – zurückzubleiben und zu verlieren drohen. Er klagt den Rückstand vor allem der westeuropäischen informationstechnischen Industrie an und fordert – nach dem

Vorbild der Steuerung durch das MITI (das japanische Ministerium für industrielle und technische Entwicklung) – eine energische Initative der europäischen Regierungen und der EG in Brüssel auf dem Gebiet der Industrie- und Technologiepolitik, um im »modernen Krieg« der kapitalistischen Zentren mithalten zu können.⁴

Die zweite zentrale Entwicklungstendenz hat der Siemens-Chef Kaske mit dem Begriff der »Triade« angedeutet. Das Wachstum der Weltwirtschaft konzentriert sich mehr und mehr auf die entwickelten Zentren des Kapitalismus: Nordamerika (die USA und Kanada). Ostasien (mit Japan und den Tigern) und Westeuropa (die EG und die EFTA-Staaten). Wichtig ist, daß sich in den letzten Jahren mit und in der Triade zugleich die Tendenz zur Regionalisierung verstärkt. Der Anteil des Handels in der Region (also z.B. des intra-EG-Handels) nimmt stärker zu als der Welthandel insgesamt.

Die Tendenz zur Regionalisierung beschreibt noch nicht hinreichend die Machtverhältnisse innerhalb der Triade – und damit den Hintergrund bzw. die Triebkraft der heutigen »Schlacht auf dem Weltmarkt«. In der Triade haben sich – drittens – erhebliche Veränderungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den Nationen und Regionen vollzogen – und damit betreten wir das eigentliche Feld der Schlacht.

Die USA haben seit den 70er Jahren ihre Position als Hegemonialmacht der westlichen Welt Schritt um Schritt verloren. Vor allem hat die US-amerikanische Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan und Deutschland eingebüßt. Die Entwicklung auf dem US-Markt (Überschwemmung mit Waren aus Fernost und Europa), vor allem aber die gewaltige öffentliche und private Verschuldung in den USA, die negative Handelsbilanz und die Schwäche des

Frank Deppe ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. Dieser Beitrag ist die überarbeitete und gekürzte Fassung eines Referats auf der Klausurtagung der IG Metall, Bezirk Stuttgart, am 6.12.1991 in Triberg.

¹ Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986, S. 12

² Zitiert nach Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, Marburg 1991, S. 79

³ »Die Zeit« vom 16.3.1990

⁴ Zitiert nach Uwe Kremer, Gezeitenwechsel. Der weltweite Niedergang des Marktliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/91, S. 1499

Dollar sind Indikatoren dafür. Das Wachstum der USA um die Mitte der 80er Jahre war dem »Kasino-Kapitalismus« geschuldet; die Profite werden nicht mehr auf der Basis der industriellen Produktivität, sondern durch Spekulationen im Finanzsektor (Börsengewinne, Immobilienspekulationen, Kauf und Verkauf von Unternehmen, Währungsspekulationen usw.) erzielt. Diese Schwindelblüte – die mit der Hochrüstungspolitik von Reagan einherging – hat letzten Endes dazu beigetragen, den Niedergang des US-Kapitalismus in der Weltwirtschaft zu forcieren.

Der amerikanische Wirtschaftsjournalist Daniel Burstein hat die Veränderung der Kräfteverhältnisse provokativ als Euroquake - Euro-Erdbeben bezeichnet. Seine These lautet: In den 80er Jahren hat der dritte Weltkrieg bereits stattgefunden. »Es war ein Krieg mit nur wenigen Verlusten an Menschenleben, aber von ungeheurer wirtschaftlicher und politischer Auswirkung; ein Krieg, der so subtil geführt wurde, daß die Politiker überall glaubhaft bestreiten konnten, es habe ihn je gegeben. Und doch war er so komplex, daß die Welt möglicherweise den Rest dieses Jahrhunderts brauchen wird, um die Friedensbedingungen auszuhandeln«. Seine Schlußfolgerung: Die großen Gewinner dieses Dritten Weltkrieges waren Japan und Deutschland – eben die Mächte, die den Zweiten Weltkrieg verloren haben. Und: Die großen Verlierer waren die USA und die Sowjetunion, die Mächte, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Führung über weitläufige Imperien und Blöcke übernommen hatten.5

Der Krieg im Informationszeitalter wird nicht mit Waffen geführt. Die Japaner - so Burstein - mußten keine Bombe werfen, um in den 80er Jahren die Hälfte der Vermögenswerte der amerikanischen Industrie auszuradieren. Die zunehmende Stärke des Yen und die wachsende Schwäche des Dollar erfüllten denselben Zweck sehr viel besser.⁶ Und in Bezug auf Deutschland schreibt er. »Auch Westdeutschland mußte keinen Krieg inszenieren, um die Kontrolle über den Markt der ehemaligen DDR zu gewinnen.« Westdeutschland hat das ganze ehemalige Ostdeutschland für eine jährliche Summe erstanden, die kaum höher liegt als diejenige, die der New Yorker Spezialist für fremdfinanzierte Übernahmeangebote, KKR, 1989 für ein einziges amerikanisches Unternehmen, RJR-Nabisco, hinblätterte.⁷

Burstein steht mit seiner These vom

»Dritten Weltkrieg« keineswegs allein. »Japan und Deutschland. Die späten Sieger?« ist der Titel eines Buches von Reinhard Büscher und Jochen Homann; der eine arbeitet im Stab des EG-Kommissars Martin Bangemann in Brüssel, der andere im Wirtschaftsministerium in Bonn. Sie schreiben: »In den 90er Jahren werden die politische und die wirtschaftliche Weltkarte noch einmal neu gezeichnet. Die alte Nachkriegsordnung wird von einer neuen Epoche der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgelöst ...Die USA geraten immer mehr in die Defensive gegenüber ihren erfolgreichen Zöglingen Japan und Deutschland. Wie Phönix aus der Asche haben sich diese beiden Länder aus den Kriegstrümmern ganz nach vorne gearbeitet ... Was Japan im Zweiten Weltkrieg nie geschafft hat, nämlich sich auf amerikanischem Boden festzusetzen, gelingt 40 Jahre später scheinbar mühelos. Japan erobert Amerika nicht mit Waffen, sondern mit Geld.«8

Dem entspricht auch die Kernaussage eines Buches, das vor kurzem in Japan erschien: »Ein Japan, das auch Nein sagen kann«.9 Die beiden Autoren sind prominent: der eine, Ishihara, ist Abgeordneter vom rechten nationalistischen Flügel der regierenden Liberalen, der andere kein geringerer als der Chef des mächtigen Sony-Konzerns, Akio Morita. In Bezug auf das überlegene japanische »Wesen« sagen sie: »Amerikaner und Europäer haben die Bedeutung des Produzierens vergessen. - Amerikaner machen Geld durch money games, indem sie ihr Geld nur hin und her schieben, namentlich für Fusionen und Firmenübernahmen ... Amerikaner haben einen Horizont von zehn Minuten, Japaner planen zehn Jahre voraus«. Politisch empfehlen die Autoren ihren Landsleuten, aus dem Schatten des Siegers von 1945 herauszutreten und die Amerikaner merken zu lassen, daß die einseitige Abhängigkeit Japans von den USA zu Ende ist und die gegenseitige Abhängigkeit wächst. Aus dem Schatten des zweiten Weltkrieges heraustreten, ist nicht nur die Losung der Nationalisten und Konservativen in Japan, sondern – nicht erst seit dem Historikerstreit – auch bei uns. Aus dem Schatten der Verbrechen neuerer deutscher Politik herauszutreten, bedeutet dann schließlich, selbstbewußt eine Weltmachtpolitik zu betreiben, die der enorm gewachsenen ökonomischen Potenz der »Sieger des Dritten Weltkrieges« entspricht.

Renaissance des Nationalstaates

Das Ende des Kalten Krieges ist der Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung um die Neuordnung der weltwirtschaftlichen und der weltpolitischen Kräfte- und Machtverhältnisse. Der Weltmarkt, die Globalstrategien der transnationalen Konzerne bilden die ökonomische Basis dieser Neuordnung. Aber Politik und Wirtschaft sind nicht voneinander zu trennen: die immer härter werdende Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird auch mit dem Einsatz der politischen Machtinstrumente geführt. Insofern geht es nicht nur um den Weltmarkt und die Konzerne, sondern auch um die Rolle und die Macht der Nationalstaaten - nach innen und außen.

Gerade auf diesem Gebiet bestehen erhebliche Unsicherheiten – vor allem im Hinblick auf die zukünftige Rolle des Nationalstaates. Zunächst: Verliert der Nationalstaat immer mehr seine klassische Funktion und Steuerungsfähigkeit im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im eigenen Lande? Diese These avancierte in der Debatte um die Lafontaine-Thesen über Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich und das Ende einer nationalstaatlich angelegten kevnesianischen Politik zu einem neuen Glaubenssatz insbesondere innerhalb der westdeutschen Sozialdemokratie. Dagegen spricht aber, daß die beiden Gewinner des »Dritten Weltkrieges«, Japan und Deutschland, gerade im Unterschied zu den USA über ein entwickeltes System des Staatsinterventionismus - in den Bereichen Industriepolitik, Forschungs- und Technologiepolitik, aber auch – und das gilt vor allem für die Bundesrepublik - im Bereich der Sozialpolitik und der Arbeitsbeziehungen verfügen. Und mittlerweile setzt sich vor allem auch im Blick auf den Niedergang der USA und die verheerenden Konsequenzen der Politik von Frau Thatcher auch für den englischen Kapitalismus – in der internationalen Diskussion immer mehr die Auffassung durch, daß es gerade der Nationalstaat ist, der in der heutigen Welt der zunehmenden Globalisierung der Produktion, der Finanzen usw. eine unverzichtbare Steuerungs- und Regulierungsfunktion hat. 10 Globalisierung, Regionalisierung und die Renaissance des Nationalstaates sind in dem hier behandelten Sinne - keine unversöhnlichen Gegensätze, sondern gehen gleichsam Hand in Hand - aber keineswegs wie bei einem Sonntagsspaziergang, sondern formiert in einer neuen »Schlachtordnung«.

Hegemonialmacht Deutschland

Alle genannten Autoren lassen keinen Zweifel daran, daß sich seit 1989 die Bedeutung und Rolle Deutschlands in der Welt erheblich verändert hat. Da ist viel von »Supermacht«, von neuer Weltmacht, von der deutschen Hegemonie in der EG die Rede. Ein wesentlicher Grund dafür ist die geostrategische Mittellage zwischen Ost- und Westeuropa, die noch durch die Abwertung der politischen Rolle nicht nur der USA und durch den Verfall der Sowjetunion, sondern auch der alten Siegermächte des zweiten Weltkrieges im Westen, Frankreich und Großbritannien, gestärkt wird.

Ein starkes Deutschland in Mitteleuropa (ein Deutschland dazu, das - so der Vorschlag des ziemlich einflußreichen amerikanischen Politikwissenschaftlers John H. Maersheimer - möglichst schnell mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll!11), weckt bei vielen (nicht nur bei Polen, Tschechen, Juden u.a.) die Angst der geschichtlichen Erinnerung. Denn Mitteleuropa war seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg das Programm der Eroberung, der gewaltsamen Schaffung deutscher Vorherrschaft. So schrieb einer der sanfteren Imperialisten, Friedrich Naumann, den die FDP noch heute als ihren Friedrich Ebert feiert, in seinem während des Ersten Weltkrieges veröffentlichten Buch »Mitteleuropa«: »Unsere Augen sind also zunächst auf das mitteleuropäische Land gerichtet, das von Nord- und Ostsee bis zu den Alpen, dem adriatischen Meer und dem Südrand der Donauebene reicht. Nehmt die Karte zur Hand und seht, was zwischen Weichsel und Vogesen liegt, was zwischen Galizien und Bodensee lagert! Diese Fläche sollt ihr als eine Einheit denken, als ein vielgegliedertes Bruderland, als einen Verteidigungsbund, als ein Wirtschaftsgebiet!¹² Bei Burstein heißt es: Europa wird zunehmend unter dem Einfluß Deutschlands, das einige seiner alten Reichsgebiete zurückgewinnen wird. nicht durch Ausübung militärischer Macht, sondern durch die Macht der DM; Mitteleuropa wird wieder im Kommen sein – als deutscher Kulturraum, der durch das Herz Europas verläuft.

Die Rolle des stärker gewordenen neuen Deutschland (auch dann, wenn es Schwierigkeiten haben sollte, den Anschluß wirtschaftlich und finanzpolitisch zu »verdauen« – aber vielleicht wird es gerade dann umso gefährlicher!) in Europa und in der Weltpolitik; die Festlegung der Ziele, die mit dieser Rolle verbunden sind, die Auseinandersetzung um diese Ziele (in einem äußerst labilen politischen Umfeld, das von Armut und Hunger, Nationalitätenkonflikten und Kriegen im Osten gekennzeichnet sein könnte) – dies wird die Politik bei uns in der kommenden Zeit, ja heute schon, maßgeblich bestimmen.

Widersprüche

Bisher war von den Schlachtordnungen der transnationalen Konzerne und der kapitalistischen Systeme innerhalb der Triade die Rede gleichsam aus der Perspektive der Chefetagen der transnationalen Konzerne und der Regierungsapparate. Dieser Blick auf die Dynamik des kapitalistischen Weltsystems blendet jedoch einige wesentliche Widersprüche aus, die nicht nur zum Wesen dieser Dynamik gehören, sondern die ihrerseits schon in den vergangenen Jahren ein gewaltiges Widerspruchspotential in der Weltgesellschaft akkumuliert haben. Dies wird in den kommenden Jahren sei es in Form von politischen und sozialen Konflikten, sei es in Form von objektiven Entwicklungsschranken dieser Dynamik - auf das kapitalistische Weltsystem selbst einwirken. Besonders wichtige Felder sind:

◀ Fast alle diejenigen, die sich Sorgen über die Möglichkeit von Handelskonflikten oder gar -kriegen innerhalb der Triade machen, blenden den wachsenden Gegensatz zwischen den relativ reichen Metropolen des Nordens und den immer weiter zurückfallenden Regionen des Südes systematisch aus. Sie sind auf eine gefährliche Weise »triadefixiert«; sie denken über die Möglichkeit der Kontrolle oder der Zähmung des Konkurrenzkampfes zwischen den Zentren der Triade nach, aber dabei werden die »Habenichtse«, und sie stellen die überwiegenden Mehrheit der Erdbevölkerung, vergessen. Vielleicht wird sich diese Mehrheit einmal dafür rächen, auch dagegen revolutieren, daß das »Sicherheitsrisiko«, das sie darstellt, durch Waffenexporte, Kriege, und auch durch das Dichtmachen der Grenzen der Staaten des Nordens erhöht und gleichzeitig mit Gewalt neutralisiert wurde.

Das Denken über die Veränderungen der heutigen Zeit und die Entwicklungsperspektiven in der Zukunft ist zudem in

der Regel ökonomistisch. Es unterschlägt, daß die Externalisierung der Risiken der modernen kapitalistischen Industriegesellschaften des Nordens (Rohstoffausbeutung, Energieverbrauch, Müllabladeplätze usw.) in Gestalt der ökologischen Risiken gewaltige Krisen und Spaltungen in der Weltgesellschaft erzeugt. Einige Fakten: »In Nordamerika leben 5,3% der Weltbevölkerung, die 26,7% der globalen Energie verbrauchen und 28% der Kohlendioxidemissionen in die Atmosphäre abgeben. In Westeuropa leben 6,3% der Weltbevölkerung, die 15,8% des Energieverbrauchs und 7,4% der CO2-Emissionen verantworten«. Das heißt: »Die der Menschheit insgesamt zur Verfügung stehenden Ressourcen die Rohstoffe und fossilen Energien ebenso wie die Sphären des Lebens, also die Luft, die Gewässer, die Böden und die Biosphäre mit ihrem Artenreichtum - werden höchst ungleich von den Menschen in den verschiedenen Weltgegenden genutzt ... Im Brundtland-Bericht (aus dem Jahre 1987) wird aus diesem unbestreitbaren Sachverhalt die Schlußfolgerung gezogen, daß zukunftsfähige Entwicklung nur gelingen kann, wenn Entwicklung im Süden mit beträchtlicher Energieeinsparung und Reduzierung der Schadstoffemissionen im Norden verknüpft wird, letztlich also mit einer »post-industriellen« Änderung der Produktion, der gesellschaftlichen Beziehungen und individuellen Lebensweisen. Die Umgestaltung im Norden muß also beträchtlich sein, um dem Gerechtigkeitsprinzip in der Weltgesellschaft auch nur ein wenig näherkommen zu können«¹³

2 Es gibt keine Anzeichen dafür, daß ein Prozeß umfassender Abrüstung eingesetzt hätte; die Waffenexporte in

⁵ Daniel Burstein, a.a.O., S. 101 f.

⁶ Ebd., S. 125

⁷ Ebd., S. 126

⁹ Reinhard Büscher, Jochen Homann, Japan und Deutschland. Die späten Sieger?, Zürich/Osnabrück 1990. S. 7

⁹ Shintaro Ishihara, Akio Morita, Ein Japan, das auch Nein sagen kann, zitiert nach Büscher, Homann, a.a.O., S. 49

¹⁰ Vgl. Robert Kuttner, The End of Laissez-Faire, New York 1991

¹¹ John H. Maersheimer, Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War, in: International Security, Summer 1990, Vol. 15, No. 1, S. 5ff

⁵ff

12 Friedrich Naumann, zitiert nach Reinhard
Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals,
Köln 1977, S. 337

¹³ Elmar Altvater, Wenig Chancen für eine demokratische und gerechte Weltwirtschaftsordnung, in: Die Mitbestimmung 5/91, S. 379

die Dritte Welt gehen weiter; insofern gibt es bislang auch wenig Anlaß zur Hoffnung, daß der militärische Faktor gegenüber den ökonomischen Bestimmungsfaktoren der Macht in der heutigen und künftigen Welt entscheidend an Bedeutung verlieren wird.

O Die vielen Szenarios, die heute über die internationalen ökonomischen »Schlachten« erstellt werden, verschweigen meistens, daß sich auch in den Metropolen der reichen Staaten des Nordens ein erheblicher sozialer Sprengstoff angesammelt hat, der durch die Wirkungen der neoliberalen Politik im letzten Jahrzehnt noch zugenommen hat. Dabei geht es einerseits um die sozialen Spaltung unter dem Schlagwort von der Zwei-Drittel-Gesellschaft; es geht aber auch um zunehmende Defizite in der Versorgung mit öffentlichen Gütern (Gesundheit, Verkehr, Wohnen, Bildung); und schließlich geht es darum, daß in vielen Ländern die Verselbständigung des Kasino-Kapitalismus, zusammen mit der wachsenden Verschuldung der privaten wie der öffentlichen Haushalte eine Sanierung der genannten Defizite - auch dann, wenn die Rüstungsausgaben etwas gesenkt werden - fast unmöglich werden läßt. Hier liegt eine zentrale Ebene der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren, die auf vielfältige Weise mit den Globalisierungsstrategien der internationalen Konzerne und den Machtkämpfen der Staaten und Regionen um neue internationale Machtordnungen verbunden ist.

4 Die meisten Prognosen über die zu-künftige Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems schließen die Möglichkeit struktureller Krisen systematisch aus. Sie sprechen vom Niedergang und dem langsamen »Ausbluten« der USA; und gelegentlich klingt auch die düstere Ahnung an, daß neue Weltwirtschaftskrisen - mit weiter ansteigender Armut und Massenarbeitslosigkeit – Chaos produzieren könnten; in der Regel vertreten sie jedoch eine eher optimistische Einschätzung des kommenden »Booms« der Weltwirtschaft. Es gibt aber keine Hinweise dafür, daß die zyklische Entwicklungstendenz der kapitalistischen Weltwirtschaft aufgehoben wäre. Im Gegenteil - gerade gegenwärtig wütet eine Rezession, die ihrerseits - insbesondere in den USA – regelrechte Depressionen im Massenbewußtsein erzeugt.

Bei den genannten Widersprüchen handelt es sich um Probleme, in denen in der Zukunft 1. die sozialen, politischen und ökologischen Auseinandersetzungen sowohl bei uns in Deutschland als auch in anderen Staaten und Regionen (im Bereich der Verteilung des materiellen Reichtums in der Gesellschaft und in der Welt, im Bereich der Sozialund Infrastrukturpolitik, der Rechte der ArbeiternehmerInnen und der Gewerkschaften usw.) stattfinden werden – und in denen sich 2. der innere Zusammenhang zwischen der inneren Entwicklung (in Deutschland, in der EG bzw. in Europa) und der internationalen Entwicklung sehr konkret darstellen läßt bzw. sehr konkret erfahrbar ist.

Die Postlinke ...

Wer – in den Parteien, in den sozialen Bewegungen und in den Gewerkschaften - diese Umbrüche, Veränderungen, Umwälzungen ignoriert, so tut, alles ginge alles so weiter wie bisher, der verfolgt eine Strategie der Selbstentwaffnung. Mehr noch, wenn wir uns insbesondere die Entwicklung in den Gewerkschaften vergegenwärtigen: Es gibt eine Tendenz der »Erneuerung« bzw. zur »Modernisierung« in den gewerkschaftlichen Debatten der letzten Jahre, die nicht zu übersehende negative Seiten hat. Die positive Seite besteht zweifellos darin, daß sich die Gewerkschaften für die sogenannten »neuen Fragen« geöffnet haben, gelernt haben, die Probleme der Ökologie, der Geschlechterbeziehungen, der Veränderung der Sozialstruktur und der Lebensweise als Probleme der Gewerkschaftsund Arbeiterbewegung zu begreifen. Die negative Seite besteht darin, daß sich viele systematisch weigern, die Realität zur Kenntnis zunehmen und auf die Frage zu beziehen, was unter diesen Bedingungen Interessenvertretung für die ArbeitnehmerInnen und Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht bedeutet. Viele jammern über den angeblichen Verlust der Utopie und haben sich vom politischen Denken überhaupt verabschiedet. Es gibt noch eine andere Tendenz: Manche reden nur noch von Individualisierung, Flexibilierung, neuen Fragen, neuen Kulturen (alles Themen, die zweifellos wichtig sind); sie verwandeln die ganze Wirklichkeit der heutigen Welt in die Welt der neuen Bedürfnisse von Individuen, sie haben den engen Blick der Soziologen und interessieren sich für Fragen der Ökonomie, des Weltmarktes, der Politik der Staaten, ja auch der Klassengegensätze in den nationalen und internationalen Dimensionen überhaupt nicht mehr. Auch das halte ich für eine Verengung des strategischen Blicks, die sich letztlich fatal für die Gewerkschaften auswirken muß.

Und dann gibt es einige, die mit dem Verlust der Utopie zugleich einen radikalen Wechsel in der Einschätzung des Kapitalismus vollzogen haben: als Sieger in der Systemauseinandersetzung, als ein phantastisch flexibles, Wohlstand produzierendes, Widersprüche bereinigendes System. »Konsequenterweise« müsse die Linke endgültig mit dem fatalen Fehler brechen, daß sie diesen Kapitalismus früher nur als »Feindesland« betrachtet hat. Solche Leute haben noch vor wenigen Jahren jeden Schritt praktischer Gewerkschaftspolitik und Betriebspolitik als Reformismus gegeißelt; jetzt hat man manchmal den Eindruck, daß einige Intellektuelle richtig glücklich darüber sind, daß sie ihr schlechtes Gewissen (Dienst am Proletariat) los sind.

... und die Herausforderungen

Es geht im wesentlichen um drei Großprojekte, die gegenwärtig unter dem Titel »neue Weltordnung« diskutiert werden. Hält man am Anspruch einer erneuerten, sich auf die Höhe der Zeit emporarbeitenden – politischen und gewerkschaftlichen – Linken fest, bilden sie
den Rahmen für die Agenda der neunziger Jahre.

Erstens das Projekt der sog. »Unipolarität«. Es besagt, daß es nach dem Ende der Bipolarirät (Ost-West-Gegensatz) nur noch eine Weltmacht gibt, die die ganze Welt in Ordnung zu halten hat die USA. Der Golfkrieg hat solchen Visionen Auftrieb gegeben. George Bush hat das Ende Januar in einer Rede so formuliert: »Seit 200 Jahren dient Amerika der Welt als leuchtendes Beispiel für Freiheit und Demokratie. Seit Generationen übernimmt Amerika die Führungsrolle im Kampf um die Erhaltung und Ausdehnung der Wohltaten der Freiheit. Und heute, in einer sich rasch verändernden Welt, ist die Führungsrolle Amerikas unabdingbar. Amerika weiß, daß eine Führungsrolle auch Belastungen mit sich bringt und Opfer fordert«.14 Der einflußreiche amerikanische Journalist Charles Krauthammer hat das etwas schärfer formuliert: »Die Welt nach dem Kalten Krieg ist nicht multipolar. Sie ist unipolar. Das Zentrum der Weltmacht ist die unbestreitbare Supermacht, die Vereinigten Staaten von Amerika, begleitet von ihren westlichen Verbündeten«.15

Das Schreckensszenario: Die USA als

unangefochtene Supermacht, als Weltpolizist, mit den westlichen Verbündeten als Vasallen, die vor allem - wie im Golfkrieg - die Kosten der amerikanischen Militärmacht finanzieren, um insbesondere die Dritte Welt in Schach zu halten. Es ist jedoch recht unwahrscheinlich, daß dieses Szenario Wirklichkeit wird. Der Grund dafür liegt in erster Linie in dem Niedergang der Wettbewerbsfähigkeit des amerikanischen Kapitalismus und in dem wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und geistig-kulturellen Problemstau in den USA. Die Staatsverschuldung engt den Spielraum der Regierung für die Durchsetzung dieser weltpolitischen - unipolaren - Führungsrolle erheblich ein. Das schließt aber nicht aus, daß niedergehende oder untergehende Weltmächte – so hat es Paul Kennedy einmal gesagt - besonders gefährlich werden in der Handhabung ihrer militärischen Machtinstrumente.

Gilbert Ziebura hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, was diese Ordnung für die Bundesrepublik Deutschland bedeuten würde. »Die Einfügung (Deutschlands) in die neue Weltordnung à la George Bush würde mit einem größeren Werttransfer in Richtung auf die Führungsmacht verbunden sein, der eines Tages dazu führen könnte, die Angebotsseite der deutschen Ökonomie noch mehr zu Lasten der Arbeitnehmer zu privilegieren, als es bislang der Fall

gewesen ist.«¹⁶ D.h.: Die Kosten, die Deutschland für die Finanzierung der Weltpolizistenrolle der USA aufzubringen hätten werden in letzter Instanz (über Steuern und Abgaben) auf die Arbeitnehmer abgewälzt und gleichzeitig werden politische – weltpolitische – Prioritäten für die Staatsausgaben gesetzt, die dann zusammen mit den Kosten für die deutsche Einheit den Spielraum für die Sozialpolitik, den Wohnungsbau, die Infrastrukturpolitik usw. erheblich einengen.

Dieses Szenario hat allerdings noch

ein weitere Bedeutung, die für die deutsche Innenpolitik eine immer größere Rolle spielt und die während des Golf-Krieges und danach zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hat. Karl Heinz Bohrer, einer der einflußreichsten neuen rechten Intellektuellen in der Bundesrepubik, hat den deutschen Provinzialismus während des Golf-Krieges beschimpft. Damit meint er nicht nur die Friedensdemonstranten, sondern auch die offizielle Politik, die mit Verweis auf das Grundgesetz und die jüngere deutsche Geschichte den Einsatz der Bundeswehr in der Welt begrenzt. Die deutsche Regierung hat im Januar 1991 – so schrieb Bohrer - ein England und Frankreich vergleichbares offensives militärisches Engagement feige verabsäumt. Deutsche Außen- und Militärpolitik solle sich endlich von jenem Schmerz- und

Schuldbewußtsein (Auschwitz) verabschieden und sich zu jenem »selbstverständlichen Umgang mit dem Horrorszenario« bekennen, der es den »Angelsachsen schon 1944 erlaubte, Dresden und später Hiroshima fast ohne moralische Skrupel auszulöschen«. 17 Das ist die Vorbereitung für eine neue deutsche Politik: unter der Führung der USA sollen die Deutschen wieder - ohne Gewissensbisse - Kriege führen lernen, Inzwischen haben wir das Horrorszenario schon im eigenen Lande - nämlich im Krieg der Rechtsradikalen und Neofaschistischen gegen Ausländer; es ist offenkundig, daß hier der Boden bereitet wird, um endlich auch wieder Kriege nach außen führen zu können.

Das zweite Projekt trägt den Namen »multipolare Weltordnung«. Es ist – im wesentlichen – das Triadeprojekt der Sprecher der transnationalen Konzerne. Es besagt: nach der Bipolarirät des Kalten Krieges müssen nun zwischen den Zentren der Triade, genauer ihren Führungsmächten, neue Regeln für die Kontrolle der Rahmenbedingungen einer stabilen Weltwirtschaft und -politik geschaffen und etabliert werden. Diese betreffen vor allem die Freiheit des internationalen Handels und der Finanzsphäre, die internationalen Währungsbeziehungen (die vor allem durch die Unsicherheiten, die vom Dollar ausgehen, bestimmt werden); sie betreffen aber auch mögliche Vereinbarungen und Mechanismen, die auf die Unterschiede bei den Zinssätzen sowie die von den unterschiedlichen Staatsdefiziten ausgehenden Gefahren für die Weltkonjunktur betref-

Diese multipolare Ordnung wird auch in den USA immer stärker favorisiert. Dabei wird betont, daß die USA den Anspruch auf die Nummer Eins aufgeben und mit Deutschland/EG und Japan die Verantwortung teilen müssen, letztlich auch im militärischen Bereich. Nur auf diesem Wege seien die – politischen und finanziellen – Freiräume für den Wiederaufbau der zerstörten amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Es liegt auf der Hand, daß die



¹⁴ George Bush, Zitiert nach Frank Deppe, Jenseits..., a.a.O., S. 164

¹⁵ Charles Krauthammer, The unipolar moment, in: Foreign Affairs, 1/1991, S. 23

¹⁶ Gilbert Ziebura, Golfkrieg, »neue Weltordnung und die Folgen für Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/91, S. 129 ff., hier S. 139

¹⁷ Karl Heinz Bohrer, Provinzialismus (II), in: Merkur, Heft 3/91, S. 255 ff., hier S. 257/8

gesamte EG-Politik – also das Projekt, den Binnenmarkt zu verwirklichen und die politische und wirtschaftliche Einigung in der EG voranzubringen – eng mit dieser Konzeption einer multipolaren Ordnung verbunden ist. Europa wäre dann – mit dem Machtzentrum der EG (diese möglicherweise unter deutscher Führung) einer der drei Pole der Weltwirtschaft und der Weltpolitik.

Ein solches Projekt bringt auf den ersten Blick mehr Stabilität und Sicherheit. Es konzentriert sich auf die Kontrolle der Instabilitätspotentiale der Weltwirtschaft - und akzeptiert in der Regel den Standpunkt, daß in der heutigen Welt die wirtschaftlichen Faktoren wichtiger sind als die militärischen. Das ist auch der Grund dafür, warum z.B. Sprecher der mächtigsten bundesdeutschen Konzerne (Kaske, Reuter u.a.) dieses Projekt unterstützen und favorisieren. Aber eins ist klar: Vor dem Hintergrund des Kampfes der kapitalistischen Systeme und der Widersprüche und Risiken dieser Dynamik ist diese Option eine eindeutige Kampfansage gegen die Dritte Welt, und - darüberhinaus - ein »Zwischenprojekt«, eine Plattform für den Kampf vor allem zwischen den USA, Japan und Deutschland um die Neuverteilung der wirtschaftlichen und politischen Macht in der Welt. Insofern kann mit Recht die Stabilität dieses Projekts bezweifelt werden. Und klar dürfte auch sein: Die Verwirklichung dieses Projektes verlangt letztlich von den ArbeitnehmerInnen und den Gewerkschaften, daß sie sich als die Unteroffiziere und Mannschaften den globalen Strategien »ihrer« transnationalen Konzerne in der Schlacht auf dem Weltmarkt und als nationalistisches Mobilisierungspotential der Politik »ihrer« Regierungen unterwerfen sollen.

Schließlich gibt es noch ein drittes Projekt, das allerdings derzeit ziemlich schwache Karten hat. Noch vor einigen Jahren sprachen alle von dem »neuen Denken« für die internationale Politik, das die sowjetische Führung unter Gorbatschow seit 1985 verkündete. Im Kern sollte es darum gehen, angesichts der globalen Bedrohungen der Menschheit durch Rüstung und Kriegsgefahr, ökologische Katastrophen und das zunehmende Elend in der Dritten Welt, gemeinsame Verantwortung der führenden Staaten der Ersten und der Zweiten Welt zu praktizieren. Diese Konzeption ist mit dem Ende der Zweiten Welt gescheitert.

Dennoch sind die Probleme, die das »neue Denken« auf die Tagesordnung

neswegs erledigt. Daraus ergibt sich ein wachsender Druck, der auch in die Innenpolitik der sog. reichen Länder hineinwirkt. Was würde das für Deutschland bedeuten? Gibt es eine Alternative zur Rolle des Juniorpartners und Finanziers des Weltpolizisten USA oder auch zu einer – politisch, ökonomisch und militärisch abgesicherten - Führungsrolle der neuen Supermacht Deutschland in Europa, wie sie immer härter vom rechten Rand des politischen Spektrums gefordert wird? Ziebura umreißt diese Alternative folgendermaßen: »Deutschland als Motor einer auf Ausgleich angelegten west- und gesamteuropäischen Entwicklung mit dem Ziel größerer Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Der auch damit verbundene Werttransfer in Richtung Osteuropa und Dritte Welt hätte langfristig eine produktivere Wirkung als die andere Alternative. Die auf diese Weise definierte grundsätzliche Priorität müßte offensiv nach außen (und nach innen) vertreten werden. Mit dieser Strategie korrespondiert ein Wachstumsmodell, das sich nicht unbedingt an amerikanischen und japanischen Vorgaben orientieren muß und gerade deshalb über größere Spielräume verfügt, seine Stellung in der internationalen Arbeitsteilung stärker nach politischen Zielvorstellungen auszurichten, mithin den Primat der Politik gegenüber der Ökonomie und der Herrschaft der Marktgesetze wiederherzustellen, um überhaupt handlungs- und gestaltungsfähig zu werden. Eine sich daraus ergebende >neue Weltordnung« würde sich konsequenterweise darum bemühen, genau jene Probleme einer Lösung zuzuführen, die die alte Weltordnung der >dreißig glorreichen Jahre im Rahmen der ersten Pax Americana« und des Kalten Krieges zum Einsturz gebracht haben.«18

der Weltpolitik setzen wollte, damit kei-

Das heißt, daß weder die Gesetze einer militärisch bestimmten Welt, noch die Gesetze einer durch die Schlacht der Multis auf dem Weltmarkt bestimmten Ordnung als Naturgesetze anerkannt werden dürfen, weil dies in letzter Instanz auch (und nicht zuletzt) zur Selbstaufgabe der Gewerkschaften – zumal in Deutschland – führen müßte. Es kommt gerade in dieser Zeit des weltwirtschaftlichen und -politischen Umbruchs darauf an, die Auseinandersetzung um die inneren und die globalen Widersprüche und Katastrophenpotentiale, auf die weder das erste noch das zweite Projekt eine Antwort haben, in den Mittelpunkt zu rücken - insofern Primat der Politik gegenüber der Ökonomie. Dies beschreibt, wenn auch in sehr allgemeiner Form, die grundlegenden Aufgaben, mit denen die fortschrittlichen politischen Kräfte - au-Berhalb und in den Gewerkschaften konfrontiert sind. Das bedeutet auch, daß es notwendig ist, gerade in den Gewerkschaften eine erneute Debatte über das »politische Mandat« der Gewerkschaften zu führen und daß dabei - eben nicht nur im Blick auf die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Deutschland, sondern auch im Blick auf die internationale Entwicklung – solche Probleme und Fragen im Mittelpunkt zu stehen hätten.

Ein neuer Internationalismus

Ein »neuer Internationalismus« wird für die Gewerkschaften – vor allem auch in der EG – immer mehr zu einer Existenzfrage. Sowohl die wachsende Bedeutung der transnationalen Konzerne für die nationale und internationale Wirtschaft, als auch die zunehmende Transnationalisierung der Politik im Rahmen der EG machen es notwendig, nicht nur Forderungen zu erheben, sondern auch praktische Formen der grenzüberschreitenden Kooperation und der Entwicklung transnationaler Gegenmacht zu entwickeln.

dene Ansätze auf der Ebene der Einrichtung von Informations- und Konsultationsausschüssen bei europäischen Konzernen: und die EG-Kommission hat erneut den Versuch unternommen, eine Richtlinie über die Einrichtung von Betriebsräten in europäischen Konzernen in den Entscheidungsprozeß des Ministerrates der EG einzubringen. Die »Sozialcharta«, die 1989 in Straßburg nur als feierliche Erklärung verabschiedet wurde, war auch ein Beispiel dafür, wie gewerkschaftlicher Druck zumindest eine gewisse Bewegung erzeugen kann. Heute und in der Zukunft käme es insbesondere darauf an, den Druck für die Verabschiedung einer solchen Richtlinie zu verstärken. Und es geht um einen neuen Internationalismus, der sich insbesondere mit dem zunehmenden Nationalismus auseinandersetzt, und der nicht nur die Solidarität der arbeitenden Menschen in der EG, sondern auch die Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt zum Gegenstand und Inhalt hat.

Es ist in den letzten Jahren oftmals behauptet worden, daß die soziale Frage im heutigen Kapitalismus keine entscheidende Rolle mehr spiele, allenfalls noch in den Randbereichen bzw. im unteren Drittel unserer Gesellschaften. Dagegen hat Gerhard Bäcker zu Recht hervorgehoben: »Noch nie lebten in der alten Bundesrepublik so viele Menschen in einer Lebenslage, die als >arm< bezeichnet werden konnte, wie zu Anfang der 90er Jahre. Das Problem wird verschwiegen oder verdrängt und scheint auch die Mehrheit der Beschäftigten nur noch wenig zu berühren.«¹⁹

Die soziale Frage bzw. die Problematik der sozialen Ungleichheit als Herausforderung für die Politik der gewerkschaftlichen Interessenvertretung stellt sich heute in drei Dimensionen, die ihrerseits eng mit den weltpolitischen Umbrüchen und der Reorganisation der internationalen Machtverhältnisse verbunden sind: zum einen als soziale Ungleichheit im neuen Deutschland, die noch auf Jahre bestehen wird und die von der Politik der jetzigen Bundesregierung - und durch die Treuhand - festgeschrieben wird. Entscheidend dabei ist, daß die soziale Ungleichheit und die damit verbundenen Verteilungsfragen nicht lupenrein zwischen Kapital und Arbeit polarisieren, sondern daß sie als »regionale Frage«, als Ost-West-Problem, als Migrationsproblem usw., also als Vorgang der Spaltung und auch der Konkurrenz zwischen verschiedenen »Fraktionen« der Arbeitnehmerschaft gestellt werden und dabei natürlich die Bedingungen einer einheitlichen und solidarischen Interessenvertretung - vor allem auf den Gebiet der Tarifpolitik - er-

Und doch ist die Verteilungsfrage und zwar nicht nur im Verhältnis von Kapitaleinkommen (Gewinnen) und Lohneinkommen - vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Tarifrunde zu einer zentralen politischen Frage geworden. Es geht dabei nicht allein darum, daß die Lohnquote auf einen historischen Tiefstand abgesunken ist, sondern daß Tarifpolitik – unter Hinweis auf die nationale Aufgabe der Entwicklung der Ex-DDR – zu einer politischen Verteilungsfrage gemacht wird, über die nicht nur der Reallohn und Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen im Westen gesenkt werden soll, sondern zugleich die Macht der Gewerkschaften weiter geschwächt werden soll. Durch die Steu erpolitik der Regierung wurden bereits die Ergebnisse der Tarifrunde des letzten Jahres, die zunächst als Erfolg bezeichnet werden konnte, zunichte gemacht. Jetzt baut sich eine gewaltige Koalition von Kabinett und Kapital auf, um von

den Gewerkschaften die nationalen Opfer zu fordern, in dem Bewußtsein, daß die Gewerkschaften bei den Mitgliedern in dem Maße schwächer werden, wie Tariferfolge durch die nationale und die internationale Politik so weit abgewertet werden, bis nichts mehr übrig bleibt.

Hinzu kommt, daß die Problematik wachsender sozialer Ungleichheit nicht nur in der deutschen Ost-West-Dimension, sondern ebenso in der Dimension Ost- und Westeuropa und schließlich in der Dimension der gewaltigen Nord-Süd-Spaltung der Weltgesellschaft besteht. Die durch solche Spaltungen mitverursachten Massenwanderungen werden in den nächsten Jahren nicht nur auf die Gewerkschaften zurückwirken, sondern insbesondere das Klima der nationalen Politik beträchtlich anheizen (wie wir das gegenwärtig bei der Asyldebatte erleben).

In Europa und in der Welt erhebt sich derzeit eine Welle des Nationalismus, der die Bereitschaft zur Gewaltanwendung und zum Kriege einschließt. Dieser Nationalismus wächst auf dem Boden der Erblast des gescheiterten Staatssozialismus, aber mehr noch auf dem Boden der Wirtschaftskrise, des Elends, des Verteilungskampfes zwischen den Nationen und Volksgruppen; die sozialen und die wirtschaftlichen Fragen sind also eng miteinander verbunden.

Um die Gefahren zu bewältigen, die sich gerade aus dem neuen Nationalismus speisen, gilt es, die Chancen zu erkennen, die am Ende des neokonservativen Jahrzehnts der achtziger Jahre von der politischen Linken und den Gewerkschaften genutzt werden sollten. Denn wir befinden uns heute in einer Situation, in der das Konzept einer neoliberalen Reorganisation der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssyteme gescheitert ist bzw. an seine Grenzen geraten ist. Die Politik der Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung hat nicht nur in den USA und in Großbritnannien sozial und wirtschaftlich verheerende Konsequenzen erzeugt. Daher hat jetzt eine Debatte über die notwendige Re-Regulation begonnen.²⁰ Das heißt: über die Politik des Staates muß auf den Feldern der Bildungs-, Sozial-, Industrie-

Regional-, Infrastruktur-, Ökologiepolitik usw. ein Wiederaufbau geleistet werden. Das sehen auch die Vertreter der fortgeschrittensten Wachstumskapitale so, die allerdings die neuen Prioritäten der staatlichen Politik vor allem in bezug auf die Konkurrenzäfhigkeit ihrer Unternehmen

auf dem Weltmarkt definieren. Aber diese Leute geben auch zu, daß qualifizierte Bildung, eine funktionierende Infrastruktur, ja selbst starke Gewerkschaften in den Betrieben eine Voraussetzung bzw. ein Ziel einer solchen Re-Regulation sind. Hier eröffnen sich Chancen, die genutzt werden sollten im Hinblick auf die Frage, welche Politik im Interesse der arbeitenden Menschen mit welchen Prioritäten zu verfolgen sei und was den Primat der Politik über die Ökonomie kennzeichnen müßte.

Allerdings sei vor jeglichem Anflug eines Automatismus im politischen Denken gewarnt: Es wird weder ein schlichtes Umschalten auf mehr Keynesianismus und auch keinen automatischen Wechsel von den konservativen zu eher sozialdemokratisch geführten Regierungen geben. Die große Gefahr besteht darin, daß der neokonservative Block sich politisch und ideologisch nach rechts öffnet, vom Projekt des marktwirtschaftlichen Liberalismus Abschied nimmt und stattdessen seine Massenbasis durch Nationalismus und Rassismus zu erhalten und zu erweitern sucht (das ist der Kern der Asyldebatte in Deutschland). Eine solche Öffnung nach rechts zum Zwecke der Machtsicherung und der ideologischen Vorherrschaft würde natürlich - auch im Blick auf die internationalen Entwicklungen in der EG z.B. - neue Krisenprozesse heraufbeschwören, die ihrerseits einen enormen Druck auf die Gewerkschaften - auch von unten, von der eigenen Basis her - heraufbeschwören würden.

Und schließlich müssen wir endlich begreifen, daß wir uns in einer Periode der Neugründung dieser Republik befinden. Die Herrschenden in Politik und Wirtschaft haben das längst begriffen – für die politische und gewerkschaftliche Linke kann dies nicht selbstbewußt behauptet werden. Sie muß ihr politisches Mandat erst noch erarbeiten.

¹⁸ Gilbert Ziebura, a.a.O., S. 139

¹⁹ Gerhard Bäcker, Neue soziale Fragen im vereinten Deutschland, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/91, S. 590 ff., hier S. 5911

²⁰ Vgl. meine Besprechung des Buches von Robert Kuttner in: Sozialismus 12/91, S. 19ff